

ANNETTE GROTH

## Der neue Hunger

Die aktuellen Diskussionen über die Nahrungsmittelkrise und die Rolle der Landwirtschaft in den Ländern des Südens bergen eine große Chance für die Durchsetzung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaftspolitik. Allerdings besteht auch die Gefahr, dass die kapitalistische, exportorientierte, industrielle und von wenigen großen Konzernen gesteuerte Agroindustrie Erfolg damit haben wird, die Landwirtschaft umfassend umzugestalten sowie ihrer Kontrolle und der kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu unterwerfen. Dazu gehört die Wiederbelebung der „Grünen Revolution“, die in Afrika in den 1990er Jahren gescheitert ist. Ein Hauptgrund für den damaligen Misserfolg war der Rückgang öffentlicher Gelder sowie der Entwicklungshilfe für den landwirtschaftlichen Sektor, der nicht mehr als Adressat einer armutsorientierten Wachstumsstrategie angesehen wurde. Die landwirtschaftliche Förderung konzentrierte sich auf Exportprodukte wie Kaffee und Kakao, später auf Schnittblumen und Obst und andere Produkte mit angeblichen „Standortvorteilen.“ Die Lebensmittelimporte aus den USA und der EU, verbilligt durch die Subventionen, sowie der erzwungene Zollabbau auf Importprodukte trieben viele einheimische landwirtschaftliche Betriebe in den Bankrott und schienen sie überflüssig zu machen. So gerieten viele afrikanische Länder in einen Teufelskreis: Die Förderung des Landwirtschaftssektors sowie der Anbau von Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung gingen rapide zurück und sinkende Weltmarktpreise, auch durch das Auslaufen internationaler Abkommen wie das Kaffeeabkommen, reduzierten die Einkommen. Das Beispiel Kenia zeigt das Ausmaß dieser Fehlentwicklung: Bis in die 1980er Jahre versorgte sich Kenia wie viele andere Länder mit Grundnahrungsmitteln selbst, heute importiert Kenia 80 Prozent seiner Lebensmittel.

Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan appellierte im Juli 2004 an die internationale Gemeinschaft, eine afrikanische Grüne Revolution zu schaffen, „eine Revolution, die überfällig ist,... die dem Kontinent bei

seinem Streben nach Würde und Frieden helfen wird“. Im September 2006 gründete die Bill & Melinda Gates Stiftung zusammen mit der Rockefeller Stiftung eine „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ und auch Jacques Diouf, Chef des UN-Landwirtschaftsprogramms FAO, rief zu ihrer Unterstützung auf. Schwerpunkt dieser „Revolution“ ist PASS, das „Program for Africa’s Seed Systems“, ein Programm für nationale und internationale Agrarforschungszentren, die innerhalb der nächsten fünf Jahre mindestens 200 neue Saatgutsorten züchten sollen. In Kooperation mit Agrarkonzernen wie Monsanto sollen dabei auch „die vielversprechenden Möglichkeiten in der Biotechnologie“ genutzt werden.

Wie groß die Gefahr ist, dass auch die jetzige Nahrungsmittelkrise wieder für die Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut und Nahrungsmitteln (GMOs) ausgenutzt werden kann, zeigt der Appell des derzeitigen UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon im April 2008. Wie sein Vorgänger propagiert Ban die Verwendung von genmanipuliertem Saatgut, weil es angeblich höhere Erträge garantiert. Damit macht sich die UN zum Erfüllungsgehilfen von Agrarkonzernen, die genau dieses Ziel verfolgen: eine größtmögliche Verbreitung von GMOs.

Schon während der Nahrungsmittelkrise 2002 im südlichen Afrika wurde um die Einführung von GMOs gestritten. Damals wollten die USA 500 000 Tonnen Mais an Malawi, Mozambique, Sambia und Zimbabwe liefern. Die Regierungen weigerten sich, das Geschenk anzunehmen, weil darunter auch Genmais war. Geradezu perfide war der von Seiten der Weltbank und des IWF gegenüber Malawi ausgeübte Zwang, seine großen Maisvorräte zur Schuldentilgung zu verkaufen. Als sich die Krise bereits 2001 abzeichnete, hatte Malawi die Maisvorräte angelegt, um die Nahrungsmittelkrise abzufedern. Ähnlich wie heute kauften Spekulanten die Vorräte billig auf und verkauften sie später zu hohen Preisen. Der damalige Direktor des IWF und jetziger Bundespräsident, Horst Köhler, und die Weltbank scho-

ben sich damals gegenseitig die Schuld für den malawischen „Zwangverkauf“ zu.<sup>1</sup> Während der Krise verlangten IWF und Weltbank von der malawischen Regierung die Streichung aller Subventionen für Nahrungsmittel und Landwirtschaft als Bedingung für Entwicklungs- und Hilfeprogramme. Argument: Der Markt soll die Nahrungsmittelpreise bestimmen. Wie würde wohl die Reaktion in Deutschland sein, wenn der Bundespräsident heute alle Streichungen von Subventionen verlangen würde?

Wie erfolgreich der „Gen-Kreuzzug“ in Afrika ist, zeigt sich bei der Baumwolle: Nach Burkina Faso hat auch Mali, größter Baumwollproduzent Afrikas, ein Fünf-Jahres-Programm gestartet, um GMOs einzuführen. Federführend ist Monsanto, Syngenta und USAID. Kommentar des ehemaligen Vorsitzenden der UN-Hunger Task Force und GMO-Lobbyist, Pedro Sanchez: „Transgene Pflanzen werden inzwischen in Afrika akzeptiert. Ich bin überzeugt, dass der Kampf gewonnen ist.“<sup>2</sup>

Auch in Südafrika waren die Gen-Lobbyisten sehr erfolgreich: Importeure von Gen-Weizen brauchen keine gesonderte Importlizenz mehr, wenn sie ein Genprodukt, das in den USA zugelassen ist, importieren. „In immer mehr Ländern sehen wir die Einführung von Gesetzen und Verfahren, die gentechnisch veränderten Pflanzen den Weg ebnen, selbst wenn Regierungen ihre Sorge um die biologische Sicherheit und das Festhalten am Cartagena-Protokoll beteuern. In Lateinamerika werden diese Gesetze ‚Monsanto-Gesetze‘ genannt.“ (Johnson Ekpere, Professor für Biotechnologie)<sup>3</sup>

Die Argumente für die angeblichen Vorteile von gentechnisch veränderten Agrarprodukten sind leicht zu widerlegen: Gen-Nahrungsmittel sind nicht billiger, im Gegenteil, Genmais ist in den USA ein Drittel teurer als konventioneller, bei etlichen GEN-Pflanzen muss der Einsatz von Agrarchemie gesteigert werden, weil Schädlinge resistent werden; auch der Ertrag wird vielfach nicht gesteigert. Selbst die Forscher des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag kommen zu dem Schluss, dass ein Nutzen von GMOs nicht erwiesen ist.

Es geht also bei dem Einsatz von GMOs vor allem darum, den Nahrungsmittelmarkt zu beherrschen, wie ein ehemaliger Mitarbeiter von Monsanto einmal verlauten ließ: „Monsanto will die Weltherrschaft über alle

Nahrungsmittel“. Schon in den 1970er Jahren erklärte Henry Kissinger “Wer das Öl kontrolliert, ist in der Lage, ganze Nationen zu kontrollieren; wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen”.

Schon heute beherrschen nur fünf Konzerne 90 Prozent des Weltgetreidemarktes, allein die beiden Marktführer Cargill und ADM kontrollieren 65 Prozent des weltweiten Handels. Jetzt drängen auch die globalen Supermarktketten wie Carrefour, Metro, Wal-Mart, Ahold und Tesco auf den Nahrungsmittelmarkt, schalten zunehmend kleine Zwischen- und Einzelhändler aus und setzen damit auch die Produzenten unter Druck, die für ihre Produkte immer weniger erhalten. In Indien gibt es bereits eine große Protestwelle gegen diese Versuche der Marktbeherrschung, weil durch die Supermarktketten 10 Millionen Einzel- und Zwischenhändler ihr Einkommen verlieren könnten.

Die Neuaufgabe der sog. Grünen Revolution ist eine reale Bedrohung für den informellen Saatgutsektor der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, der bislang noch 80-90 Prozent des Bedarfs weltweit abdeckt. Saatgut wird untereinander getauscht oder auf informellen Saatgutmärkten billig eingekauft. Dieses für alle zugängliche und billige System der Saatgutnutzung soll durch ein formelles Saatgut-Vertriebssystem ersetzt werden, das durch multinationale Konzerne kontrolliert und gesteuert wird. Damit werden die Bauern und Bäuerinnen abhängig von industriellem Saatgut, das zudem auch der Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut dient.

Der Aufruf zu einer „Grünen Revolution in Afrika“ ist der Versuch, die Bereiche von Afrikas Landwirtschaft, die noch nicht vollständig in die globale Wertschöpfungskette integriert sind, unter die Verwertungsbedingungen des kapitalistischen Weltmarkts einzugliedern.

## „Nahrungsmittel für den Tank“ – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Im Zusammenhang mit der aktuellen Nahrungsmittelkrise stehen jetzt auch die Agrartreibstoffe am Pranger. Sie sind zwar nicht allein für die Teuerungsraten verantwortlich, aber es wird geschätzt, dass 30 bis 70 Prozent der Preissteigerungen für Nahrungsmittel auf den verstärkten Anbau und die Verwendung von Pflanzen zur Herstellung von Kraftstoffen zurückzuführen sind.

Trotz wachsender Kritik an der Förderung von Agrartreibstoffen von Seiten der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der europäischen Energieagentur und insbesondere zahlreicher Entwicklungshilfe-Organisationen sowie aus der Zivilgesellschaft des Südens hält die EU weiter am Ausbau des Kraftstoffes fest. Allerdings sol-

1 Uwe Hoering: Agrar-Kolonialismus, Eine andere Landwirtschaft ist möglich, Hamburg: VSA 2007, S. 76: „US-Nahrungsmittelhilfe wird eingesetzt, um die Übernahme von Biotech-Pflanzen weltweit durchzusetzen, Marktzugänge und die Kontrolle durch Transnationale Unternehmen auszuweiten und die Produktion kleinbäuerlicher Betriebe zu schwächen, wodurch die Ernährungsunsicherheit auf dem Kontinent verstärkt wird.“

2 Ebenda, S. 75. The African Green Revolution Takes Off: A Progress Report, [www.worldfoodprize.org/assets/symposium/2006/transcripts/Sanchez.pdf](http://www.worldfoodprize.org/assets/symposium/2006/transcripts/Sanchez.pdf)

3 [www.grain.org/articles/?id=9](http://www.grain.org/articles/?id=9), Oktober 2005.

len die Subventionen auslaufen und die EU-Umweltminister wollen in Zukunft nur solche Agrarkraftstoffe erlauben, für die kein Regenwald gerodet wurde. Zudem soll Biokraftstoff künftig statt aus Mais oder Rüben aus Klärschlamm oder anderen organischen Abfällen gewonnen werden, um so einen Mangel an Nahrungsmitteln und infolgedessen höhere Lebensmittelpreise zu verhindern. Darüber hinaus will die EU-Kommission nur solche Kraftstoffe zulassen, die von der Produktion bis zum Verbrauch mindestens 35 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als fossile Kraftstoffe.

Ob diese Auflagen überhaupt effektiv überwacht und implementiert werden können, ist sehr zweifelhaft. Die drei kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen Brot für die Welt, EED und Misereor betonten in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zu einer parlamentarischen Anhörung über das Für und Wider von „Biomasse“ im Februar 2008, dass es in „vielen Ländern keine effektive, kontrollierbare und durchsetzbare Flächennutzungspolitik gibt, die die Einhaltung sozialer oder ökologischer Standards garantieren könnte“. Für die kirchlichen Hilfswerke bergen „das größte Potenzial für die Armut- und Hungerbekämpfung nicht Monokulturen und genmanipulierte Energiepflanzen, sondern Mischanbau, Artenvielfalt und angepasste Landsorten“.

Großer Widerstand gegen den Anbau von Agrartreibstoffen kommt insbesondere von VertreterInnen zahlreicher Zivilgesellschaften aus den Ländern des Südens. Sie betonen, dass die Folgen des wachsenden Exports biogener Kraftstoffe nicht nur eine zunehmende Abholzung von Regenwäldern, eine strukturarme intensiv bewirtschaftete Monokultur und steigender Wassermangel sind, sondern insbesondere auch die gewaltsame Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und indigenen Völkern von ihrem Land bedeutet, das für die Produktion von Zuckerrohr oder Ölpalmen zur Herstellung von Agrokraftstoffen genutzt wird. Für diese Menschen stellt die – oft gewaltsame – Vertreibung eine massive Verletzung ihrer Menschenrechte dar, die vor allem aus einem Grund begangen wird: Die Verwendung von Lebensmitteln für Autos in anderen Ländern. Darum fordern sie einen sofortigen Stopp der Produktion von Agrartreibstoffen in ihren Ländern.

## **Biosprit ist nicht ökologisch**

Nicht nur aufgrund der Verknappung und Verteuerung der Agrarprodukte wird der sog. „Biosprit“ kritisiert, sondern auch aus ökologischen Gründen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass allein durch das Anpflanzen von Mais, Raps oder Palmöl oft mehr Treibhausgase entstehen als durch die aus den Pflanzen gewonnenen Kraftstoffe eingespart wird. Die Produktion von Biokraftstoffen kann den Klimawandel sogar drastisch

beschleunigen. Durch Brandrodung in Indonesien entsteht mehr als 400-mal so viel Kohlendioxid wie mit Hilfe von Palmöl auf derselben Fläche pro Jahr eingespart werden könnte. Brasilianischer Regenwald, der Soja-Plantagen geopfert wird, setzt 300-mal mehr CO<sub>2</sub> frei als mit Biosprit pro Jahr gespart werden kann. Und die Produktion von Ethanol aus Mais verdoppelt den Ausstoß an Treibhausgasen für 30 Jahre. Es sei „sinnlos, Land für Biosprit zu opfern, wenn man die globale Erwärmung bremsen möchte“, sagen Experten unisono. Stellt man den industriellen Anbau der Pflanzen, die Düngung, die Produktion und den Transport in Rechnung, dann ist die Umweltbilanz „unter dem Strich negativ“, heißt es bei Greenpeace. Greenpeace fordert nicht nur das Einfrieren der Biospritquote, sondern insbesondere Maßnahmen, die die Autoindustrie zu spritsparenden, leichten und damit schadstoffarmen Modellen zwingen.

Die Sicherung und Förderung der Rahmenbedingungen für die sozial und ökologische nachhaltige Landwirtschaft muss im Vordergrund der Entwicklungszusammenarbeit stehen. Dazu gehört insbesondere die Stärkung des traditionellen Gewohnheitsrechts (customary rights) für Land und Wasser. Im Zuge der Privatisierung und Liberalisierung wurde Land privatisiert, das traditionell Gemeinschaftsbesitz war und dessen Nutzung zwischen Bauern und Bäuerinnen auf der einen und Nomaden bzw. Viehzüchtern auf der anderen Seite geregelt war.

Durch die zunehmende Kommerzialisierung von Landbesitz für industrielle Nahrungsmittelproduktion und Bioenergie, für private Wildparks und andere touristische Einrichtungen oder als Akkumulationsstrategie für nationale Eliten wurden insbesondere schwache gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Jugendliche oder Viehzüchter vom Land verdrängt. Um diesen Gruppen wieder einen rechtlich abgesicherten Zugang zu Land und anderen Ressourcen zu geben, setzen einige nicht-staatliche Entwicklungshilfeorganisationen auf die Weiterentwicklung des traditionellen Gewohnheitsrechts. Dies könnte auch den Landraub, d.h. die Vertreibung von Menschen von ihrem Land durch nationale Eliten und/oder ausländische Konzerne verhindern. Darüber hinaus würde es auch der zunehmenden Spekulation auf Landbesitz Einhalt gebieten.

## **Spekulation und Hunger**

Die Nahrungsmittelkrise zeigt den Zusammenhang zwischen Hunger, Finanzmärkten und Börsenspekulation. Insbesondere US-amerikanische und europäische Pensionskassen legen ihre Gelder in Rohstoffen an. Dazu gehören neben Öl auch Nahrungsmittel wie Soja, Weizen oder Mais. Zwar kaufen sie diese Produkte nicht

real, sondern erwerben Terminkontrakte, die kurz vor dem Fälligkeitsdatum verkauft werden, um neue Kontrakte mit neuen Laufzeiten zu kaufen. „Dadurch wirken sie wie virtuelle Hamsterkäufer“, kommentiert Jeffrey Korzenik, Chef-Investmentstrategie beim Bostoner Vermögensverwalter Vitale Caturano & Co diesen Börsen-Hunger-Wahnsinn. Korzenik schätzt, dass das virtuelle Horten der Großinvestoren die Preise an den Rohstoffmärkten um 20 Prozent aufgeblasen hat. Und diese Preisspirale könnte sich noch weiter drehen, wie bei dem ständig ansteigenden Ölpreis zu beobachten ist. Jede Woche fließen ein bis zwei Milliarden Dollar neu in Rohstoffe. Um die komplette Getreideernte der USA aufzukaufen, braucht es nach Schätzungen nur 120 Milliarden Dollar – ein kleiner Betrag für die Börsianer am Devisenmarkt, der etwa täglich 3.000 Milliarden Dollar bewegt.

Die globale Verteilung der Nahrungsmittel durch den Weltmarkt darf nicht länger zugelassen werden. Das Spekulieren auf Nahrungsmittel ist ein Verbrechen und gehört verboten. Die indische Regierung hat dies erkannt und bereits Anfang 2007 alle Terminkontrakte auf Weizen, Reis, eine verbreitete Bohnensorte und Straucherbsen verboten. Dieses Beispiel sollte weltweit Schule machen. Wer aus Hunger Gewinn schlägt, macht sich mitschuldig am Tod Tausender von Menschen.

*Annette Groth ist Entwicklungspolitische Referentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.*

**In diesem Jahr sind bereits folgende »Standpunkte« erschienen:**

1/2008: Hanno Balz

**„Sympathisanten“ als politisches Feindbild**

2/2008: Ulrich Schachtschneider

**Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei: Eine Analyse zum Stand der Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Forderungen**

3/2008: Horst Dietzel

**Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD – ein Vergleich**

4/2008: Alexander Fischer

**Kinderarmut verhindern – aber richtig!  
Zur Rolle des Kindergelds bei der Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern**

5/2008: Martin Fochler

**Die CSU – das Modell einer “regierenden Partei“**

6/2008: Jan Korte

**“Kriegsverrat” – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?**

7/2008: Wolfgang Grabowski

**Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russische Außenpolitik**

8/2008: Irene Runge

**Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende?**

9/2008: Gregor Gysi

**Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel**

10/2008: Gabi Zimmer

**Auch in Sachen Europäische Union gilt: Linke Politik sucht keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen**

11/2008: Christian Wipperfürth

**Rußland – ein vernachlässigter Akteur im Afghanistankonflikt**

12/2008: Annette Groth

**»Das globale Europa« – Partnerschaft, die Armut schafft?**

**Alle „Standpunkte“ sind zu finden unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)**